

IMMIGRATION

Der Ausschlussfaktor



Nicht alle haben die Wahl in Luxemburg. (Foto: Archiv)

Sie arbeiten und zahlen ihre Steuern in Luxemburg - und bleiben doch außen vor. Auch bei der Parlamentswahl dürfen Nicht-LuxemburgerInnen nicht teilnehmen. Wenig demokratisch, sagen KritikerInnen und hoffen auf die doppelte Nationalität.

"Die Wahlen interessieren mich nicht." Antonio winkt ab. "Ich darf sowieso nicht wählen." Der Portugiese lebt mit seiner Familie seit mehr als zehn Jahren in Luxemburg. Die luxemburgische Staatsbürgerschaft anzunehmen, komme für ihn überhaupt nicht in Frage, sagt der Mittvierziger. "Ich bin in Portugal aufgewachsen und bleibe meinem Land treu", erklärt er, fügt aber hinzu: "Nicht, dass ich etwas gegen Luxemburg hätte. Ich habe hier meine Arbeit und schätze das Land."

Antonio kritisiert, dass er politisch hier zu Lande keinen Einfluss nehmen kann. Nur 62 Prozent der rund 350.000 volljährigen EinwohnerInnen in Luxemburg dürfen bei den Parlamentswahlen am 13. Juni ihre Stimme abgeben. Nicht-LuxemburgerInnen sind ausgenommen. Es ist nichts Besonderes in der Europäischen Union, dass nur die StaatsbürgerInnen eines Landes an den jeweiligen Parlamentswahlen teilnehmen dürfen. Doch nirgendwo - außer in Lettland, wo nur 57 Prozent der Bevölkerung Letten sind - ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung so hoch wie im Großherzogtum.

Das Prinzip, die Mitbestimmung am politischen Prozess auf die StaatsbürgerInnen eines Landes zu begrenzen, geht auf die griechische Polis in der Antike zurück: Nur (männliche) Griechen durften damals am politischen Leben teilhaben. Andere -

Frauen, Sklaven und Nicht-Griechen - mussten zuschauen. Sie bestimmten nicht mit, über sie wurde bestimmt. Bis auf die Tatsache, dass Sklaverei und Zensuswahlrecht abgeschafft wurde und alle westlichen Länder im Laufe des 20. Jahrhunderts das Frauenwahlrecht einführten, hat sich in dieser Hinsicht nicht viel verändert. Sogar den anderen EU-BürgerInnen, die in Luxemburg

leben, ist der Gang an die Urne und die Mitentscheidung darüber verwehrt, wer ins Parlament am Krautmarkt einzieht und einen von 60 Abgeordneten-sitzen ergattert. Von der häufig beschworenen und 1992 im Maastrichter Vertrag niedergeschriebenen "citoyenneté européenne" ist daher nur wenig zu erkennen. "Europa existiert nur auf dem Papier, aber nicht in der Realität", sagt der Ettelbrücker OGBL-Sekretär Jony Ferreira, ein in Luxemburg aufgewachsener Portugiese. Und Franco Barilozzi, Generalsekretär des Comité de Liaison et d'Action des Etrangers (Clae) meint zur Ausgrenzung von AusländerInnen von der Parlamentswahl: "Das ist nicht sehr demokratisch."

Politisch gesehen ist Luxemburg also ein Zwei-Drittel-Staat. "Sogar nur ein Drittel", korrigiert Serge Kollwelter, Vorsitzender der Association de soutien aux travailleurs immigrés (Asti), und erklärt: "Wenn man die Grenzgänger hinzu rechnet, sind sogar zwei Drittel derer, die im Land arbeiten und hier ihre Steuern bezahlen, von der politischen Beteiligung ausgeschlossen."

Bei den kommunalen Wahlen 2005 sind hingegen auch Nicht-LuxemburgerInnen und Nicht-EU-BürgerInnen zugelassen - allerdings nur, wenn sie zuvor schon fünf Jahre im Land gelebt haben, was genau jener Frist für die Erlangung der luxemburgischen Staatsbürgerschaft entspricht.

Geringes Interesse an Politik

Nachdem beim ersten Mal 1999 nur wenige diese Chance zur politischen Partizipation nutzten, versuchte die Regierung gemeinsam mit dem Clae mit einer Kampagne die Nicht-LuxemburgerInnen davon zu überzeugen, sich in die Wählerlisten einzutragen. "Eine gute Kampagne", bescheinigte Eduardo Dias, der die in Luxemburg lebenden PortugiesInnen vertritt. Dabei waren gerade seine Landsleute bei den vergangenen Kommunalwahlen wenig für einen Gang an die Wahlurne zu begeistern: Von den wahlberechtigten Portugiesen, die rund ein Drittel der ausländischen Wohnbevölkerung in Luxemburg ausmachen, schrieben sich vor sechs Jahren nur 11,5 Prozent ein. "Das ist mit Sicherheit eine Mentalitätsfrage. Die Portugiesen lassen sich nur langsam politisieren", erklärt Jony Ferreira die politische Abstinenz der Portugiesen. Mittlerweile hat sich nach Worten von Franco Barilozzi, die Zahl der Nicht-LuxemburgerInnen, die sich in die Wahllisten eingetragen haben, fast verdoppelt.

Das geringe politische Interesse verwundert kaum. Schließlich interessiert sich auch niemand für die ausländische Bevölkerung. Zu deren Politisierung tragen die Parteien wenig bei. Von deren Seite werde fast nichts für die AusländerInnen getan, meint Eduardo Dias. Das zeigt nicht nur der geringe Anteil an Nicht-LuxemburgerInnen in den Parteien. "Déi Lénk" haben immerhin 20

Prozent in ihren Reihen. Bei der Aufstellung der KandidatInnen zur gleichzeitig zur Chamber-Wahl stattfindenden Europawahl zeigte sich, dass die Zahl der so genannten Alibi-AusländerInnen auf den Parteilisten kleiner geworden ist. Viele Nicht-LuxemburgerInnen setzen deshalb nach den Worten von Tony Ferreira ihre Hoffnungen auf die doppelte Nationalität. Für die tritt nicht nur Premierminister Jean-Claude Juncker ein. Obwohl Justizminister Luc Frieden sich bisher weder für noch gegen den Doppelpass ausgesprochen hat, stellte er zu Beginn des Jahres eine Studie der beiden belgischen Rechtsexperten Francis Delpérée und Michel Verwilghen vor: Die beiden Wissenschaftler wiesen darauf hin, dass die zweifache, in manchen Fällen sogar dreifache Staatsbürgerschaft längst gesellschaftliche Realität ist. In Luxemburg leben zwischen 20.000 und 30.000 Menschen mit zwei oder mehr Nationalitäten. Und laut einer Ilres-Umfrage aus dem Jahr 2002 befürworten drei Viertel der EinwohnerInnen Luxemburgs den Doppelpass. Begriffe wie Nation seien überholt, meint Francis Delpérée. Der Belgier trennt die beiden Konzepte von "citoyenneté" und Staatsangehörigkeit streng voneinander: So kann man in einem Land wählen und zugleich Staatsbürgerin eines anderen sein.

Doch was ist, wenn die doppelte Nationalität in der nächsten Legislaturperiode Wirklichkeit würde? Werden dann 54 Prozent der LuxemburgerInnen für Luc Frieden als Premierminister stimmen, wie kürzlich in einer von RTL in Auftrag gegebenen Ilres-Umfrage prognostiziert? Wohl kaum, der Justizminister ist schließlich für die Abschiebewellen in den vergangenen Jahren verantwortlich, und außerdem "tendiert die Mehrheit der Immigranten eher zu linken Parteien", meint Franco Barilozzi. Der Clae-Generalsekretär weist zudem darauf hin, dass die politische Partizipation nicht alles sei und nennt die Teilhabe am kulturellen Leben und die gleichen Chancen in der Bildung ebenso als weitere Elemente der Integration. Derweil sieht Asti-Chef Kollwelter einen weiteren Ausschlussfaktor: Eine Beamtenkarriere bleibt in Luxemburg den LuxemburgerInnen vorbehalten. So ist die luxemburgische Ein-Drittel-Gesellschaft nicht zuletzt auch eine Frage des beruflichen und sozialen Status.

Stefan Kunzmann

Attac against Köhler

Im Mittelpunkt einer neuen Kampagne von Attac Deutschland steht Horst Köhler, potenzieller Nachfolger von Johannes Rau als Bundespräsident. Die Plakat- und Postkartenaktion wurde kürzlich bei der Bundesversammlung der GlobalisierungskritikerInnen in Essen vorgestellt. Der Kandidat von Union und Liberalen war bis vor kurzem Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF).

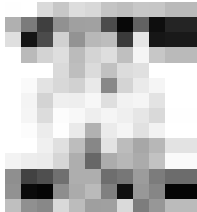
Attac bezeichnet Köhler auf einem Plakat als Schreibtischtäter, der unter anderem für die Not von Millionen Menschen mitverantwortlich ist. Im Plakatvordergrund ist der ehemalige IWF-Chef zu sehen, dahinter verfallene Häuser.

ADR poltert wie gewohnt

Fast hätte man meinen können, das ADR wäre seiner rechten Gesinnung untreu geworden. In einem Pressekommuniqué wirft das Aktionskomitee Premier Juncker vor, die "Asylantenproblematik" bewusst zum Wahlthema heranwachsen zu lassen. Anschließend haut es wieder in die alte Kerbe und poltert: Die Asylanträge in Luxemburg seien - entgegen dem EU-Trend - massiv angestiegen. Hauptgrund: die schwerfällige luxemburgische Asylprozedur. Das ADR behauptet gar, die Regierung habe mit ihrem Gesetzesprojekt zur Beschleunigung der Prozedur nur auf eine ADR-Initiative einen Monat zuvor reagiert.

Die Frau - der unbekannte Wähler

Sie finden Juncker fesch, sind eher brav und wählen gern mal grün. Die Frauen werden als Wählerinnen immer wichtiger. Das wissen die Parteien - und reagieren ganz unterschiedlich darauf.



0,5 Promill ass näischt zevill

Was Fotos von zerschmetterten Gesichtern und toten Zehen nicht geschafft haben, soll die jüngste "Sympathie"-Kampagne der Sécurité routière erreichen: das Bewusstsein der AutofahrerInnen für die Auswirkungen von Alkohol auf das Fahrverhalten zu schärfen. Dabei kommen weder die einheimischen Kellereien und Brauereien noch das Gaststättengewerbe zu Schaden, denn der Slogan lautet: "Fräiwëlleg 0,5 Promill". Bald wird in den Gaststätten die Wirtin dem Kunden nachrufen: "Halt mal! Mit einem Humpen sind Sie erst auf 0,3!" Für die nächste Kampagne schlagen wir vor: "Fräiwëlleg 2,3 Promill - wéinst de Wënzer".

